



### **Erledigung der Tagesordnung:**

Vorsitzender Steiner eröffnet die Sitzung und begrüßt die Erschienenen. Er stellt fest, dass ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung sowie die Niederschrift der letzten Sitzung werden nicht erhoben.

Besonders begrüßt er das stellvertretende Mitglied Ernst Brüninghaus. Vorsitzender Steiner verpflichtet Herrn Brüninghaus förmlich zur gesetzmäßigen sowie gewissenhaften Wahrnehmung seiner Aufgaben. Hierzu erheben sich auch die anwesenden Ausschussmitglieder von Ihren Plätzen.

### **A. Öffentlicher Teil**

#### **Punkt 1: Controllingbericht des Fachbereiches 32 - Budget 10 - zum 30.06.2015 Vorlage: 0185/2015**

---

Herr Volmering erläutert die einzelnen Produkte des Controllingberichtes. Zum Produkt 10.01.02 – Ausländerangelegenheiten - Asylbewerber wird er beim TOP 3 entsprechend Stellung nehmen. Von den Ausschussmitgliedern werden dazu keine Anmerkungen gemacht.

Der Controllingbericht des Fachbereiches 32 zum 30.06.2015 wird zur Kenntnis genommen.

#### **Punkt 2: Controllingbericht des Fachbereiches 39 - Budget 3 - zum 30.06.2015 Vorlage: 0186/2015**

---

Herr Dr. Schmitt erläutert kurz die einzelnen Produkte des Controllingberichtes. Die von den Ausschussmitgliedern hierzu gestellten Fragen, werden von Herrn Dr. Schmitt erläutert. Herr Sobottka stellt in Bezug auf die Tierkörperbeseitigung noch die Frage, ob in Anbetracht der hochsommerlichen Temperaturen ein erhöhtes Aufkommen an verendeten Tieren zu verzeichnen gewesen sei. Herr Dr. Schmitt konnte keine besondere Vorkommnisse dazu mitteilen.

Der Controllingbericht des Fachbereiches 39 zum 30.06.2015 wird zur Kenntnis genommen.

#### **Punkt 3: Flüchtlingsunterbringung - Sachstand Vorlage: 0187/2015**

---

Herr Volmering erläutert an Hand von PP-Präsentationen die Entwicklung der Ausländerzahlen im Kreis Borken (Anlage 1), Informationen zur Unterbringung von Flüchtlingen (Anlage 2) und Fotomaterial bei der Einrichtung der Notunterkunft (NU) in der kreiseigenen Turnhalle in Ahaus (Anlage 3).

Herr Dr. Paßlick weist an dieser Stelle darauf hin, dass diese Notunterkunft (NU) vom Kreis Borken zur Verfügung gestellt und mit dessen Unterstützung eingerichtet wurde. Im Land NRW überläßt die überwiegende Anzahl der Kreise das Einrichten der NU ausschließlich den Städten und Gemeinden.

Herr Nordholt stellt in diesem Zusammenhang einige Fragen. Hat es in der Vergangenheit bei den Notunterkünften im Kreis Borken Probleme (Pöbeleien) von Außen gegeben? Herr Volmering erklärt darauf, dass bisher keine Probleme dieser Art bekannt geworden sind. In-

nerhalb der NU kommt es schon mal zu kleineren Unstimmigkeiten, die sich jedoch auch auf Grund der regelmäßigen Polizeipräsenz im üblichen Rahmen halten.

Die 2. Frage zielt auf die geschätzte Anzahl der Flüchtlinge in Höhe von ca. 800.000 ab, wonach die Anzahl der NU innerhalb des Kreises Borken wahrscheinlich weiter ansteigen wird. Die Vertreter der Verwaltung teilen diese Vermutung, man rechnet überschlägig mit ca. 2.900 zusätzlichen Asylbewerbern im Jahr 2015. (Grundlage: Einwohnerzahl des Zuständigkeitsbereichs der Ausländerbehörde (ABH) Borken).

Weiterhin regt Herr Nordholt an, eine Resolution bzgl. der Flüchtlingssituation zu verfassen, damit möglichst eine Vereinheitlichung im Umgang mit den Flüchtlingen innerhalb der EU erfolgt. Dr. Paßlick rät von einer derartigen Resolution ab. Der Adressat für eine Resolution wäre der Bund und gerade dort weiß man, dass die derzeitige Situation so nicht hinnehmbar ist. Seiner Einschätzung nach, kann auf Europa an dieser Stelle kein Einfluss genommen werden. Wichtig ist, dass schnellstens die Ersterfassung und unmittelbar danach zeitnah die Erfassung und Bearbeitung der Asylanträge erfolgt.

Als weiteren Punkt schlägt Herr Nordholt vor, ein Kommunales Integrationszentrum (KIZ) zu schaffen. Herr Steiner wirft hierzu ein, dass es eine Arbeitsgruppe Integration gibt, die bereits zweimal getagt hat, das letzte Mal in der vergangenen Woche (35.KW). Hier sollte man zunächst die Ergebnisse abwarten und nicht zweigleisig verfahren.

Herr Kendzierski erkundigt sich danach, ob ein Kostenschlüssel existiert und wie mit der personellen Belastung verfahren wird. Nach den Ausführungen von Herrn Volmering werden die Kosten derzeit von den Kommunen und dem Kreis Borken vorfinanziert. Diese vorgelegten Kosten werden vom Land erstattet werden. Der Kreis Borken hat z. B. für die NU in Ahaus in den letzten 6 Wochen bereits 300.000 € vorgestreckt. Die personelle Belastung ist sehr hoch, stößt teilweise an ihre Grenzen, jedoch das Engagement sei unverändert hoch. Die entstehenden Personalkosten bei den Kommunen und beim Kreis Borken sind bislang noch nicht geltend gemacht worden. Dr. Paßlick ergänzt hierzu, dass der Kreis Borken zusätzlich für 4 Wochen 2 Auszubildende zur Unterstützung des DRK im Back-office-Bereich bei der Betreuung der Notunterkünfte im Einsatz habe. Das Land hat beim Kreis Borken um weiteres Personal gebeten. Bisher wurden für diese Anforderung keine konkreten Rahmenbedingungen genannt.

Der Kreis Borken wird auch für die nachfolgende Sachbearbeitung in der ABH zusätzliches Personal bereitstellen müssen.

Die Informationen zum aktuellen Sachstand der Flüchtlingsunterbringung werden zur Kenntnis genommen.

---

#### **Punkt 4:        Mitteilungen der Verwaltung**

---

##### **Punkt 4.1:     Warnsysteme für die Bevölkerung**

---

Herr Volmering fasst die wesentlichen Informationen zum Warnsystem für die Bevölkerung zusammen und teilt diese den Anwesenden mit. Zur Unterstützung der Kommunen beim Ausbau ihrer Warnkonzepte hat das Land 10 Mio. Euro zur Verfügung gestellt. Die zweckentsprechende Verwendung der Mittel hat bis Ende 2015 zu erfolgen. Den Kommunen im Kreis Borken sind insgesamt 293.000 € und dem Kreis Borken 4.000 € zugewiesen worden. Um einen abgestimmten Weg zu gehen, ist die Thematik auf einer Besprechung mit den Ordnungsamtsleitern, aber auch mit den Wehrführer erörtert worden. Die Kommunen nutzen die ihnen zur Verfügung stehenden Mittel für die Erweiterung des Sirenenalarmsystems. Der Kreis plant, mit seinen Mitteln eine Technik für das Einspielen von Warndurchsagen in das

laufende Programm des örtlichen Rundfunksenders zu verwenden. Ergänzt sei hierzu, dass es neben diesen räumlich begrenzten Warnkonzepten verschiedene bundesweite Warninstrumente gibt, die in der Regel auf App-Basis funktionieren.

#### **Punkt 4.2: Aufstellen von Sonderschutzplänen**

---

Herr Volmering geht auf die gesetzlich vorgeschrieben, vom Kreis Borken zu erstellenden, Sonderschutzpläne ein. Die EU hat es sich zum Ziel gesetzt, schwere Unfälle mit gefährlichen Stoffen zu verhindern sowie die Unfallfolgen für Mensch und Umwelt zu begrenzen (Seveso-Richtlinie aus dem Jahr 2012). Es ist festgelegt, welche Betriebe einen internen Sicherheitsbericht erstellen müssen.

Im Kreis Borken gibt es insgesamt 7 Betriebe, bei denen gefährliche Stoffe in Mengen vorhanden sind, die nach der Seveso-Richtlinie einen externen Notfallplan (Sonderschutzplan) erforderlich machen. Hierzu zählen: Kavernenspeicherfeld Gronau/Epe/Ahaus, Urananreicherungsanlage Gronau, Fa. Pergan, Bocholt, Fa. Drost, (jetzt: Lehnkering) Gronau, Fa. Saueressig, Vreden, Fa. Bochers Logistik, Borken und Fa. Pyrosafe in Reken. Mit Ausnahme der Fa. Pyrosafe in Reken sind für die vorgenannten Betriebe Sonderschutzpläne erstellt worden, diese werden in regelmäßigen Abständen fortgeschrieben.

Für das BZA in Ahaus ist nach der Richtlinie kein Sonderschutzplan notwendig, unabhängig davon, hat der Kreis Borken für das BZA einen Einsatzplan erstellt. Dieser Einsatzplan entspricht von der Struktur und Inhalt her den Regelungen eines Sonderschutzplanes.

#### **Punkt 4.3: Tierheim Ahaus - Sachstand**

---

Herr Dr. Paßlick gibt einen kurzen Sachstand zum geplanten Tierheim in Ahaus. Ein Grundstück ist gefunden und die Baugenehmigung ist beantragt. Bezüglich der geplanten Abbiegespur zur Zufahrt des Tierheimes auf der L 572 (alte B 70) ist die Stadt Ahaus mit dem Landesbetrieb Straßen NW in Verhandlung.

#### **Punkt 5: Anfragen**

---

Herr Nordholt wünscht einen aktuellen Sachstandsbericht zum Kavernenspeicherfeld in Gronau. Derzeit würden ihm nur Informationen aus der Presse bekannt sein. Dieser von ihm gewünschte Sachstandsbericht wird zugesagt, allerdings schlägt der Vorsitzende Herr Steiner vor, es intern abzustimmen, ob die Berichterstattung in diesem Ausschuss (AfSO) oder im Ausschuss für Umwelt (AfU) erfolgt.

**Ende des öffentlichen Teils**